Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 155 — Jahrgang 212

Bezugspreis: für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,25, vierteljährlich Mk. 3,75 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,34, vierteljährlich Mk. 4,50 außer Postgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610 — Postscheckkonto Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe

Mittwoch, 2. April

Anzeigenpreis: Kleine Inseraten je Zeile 30 Pfg., auswärtige je Zeile 40 Pfg. — Reklamezeile 1,25 Mk. Rabatt nach Tarif, jedoch nur bei portofreier Kasse.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Eine Regierungsvorlage über das Rätesystem

Weimar, 1. April.

Zwischen Mitgliedern der Mehrheitspartei und der Regierung haben in den letzten Tagen mehrfach eingehende Besprechungen über die Frage der Verankerung des Rätesystems in der Verfassung stattgefunden, die zu einer Entschließung über den einzuschlagenden Weg geführt haben sollen. Schon in den allernächsten Tagen dürfte eine Regierungsvorlage erscheinen, die einen neuen Artikel der Verfassung in Vorschlag bringt, der diese Verankerung enthält. Man nimmt an, daß dieser Vorschlag die Zustimmung der überwiegenden Mehrheit der Nationalversammlung findet.

Der tote Punkt in Paris

Zerwürfnis über das Eingreifen in Rußland

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Haag, 1. April.

Drahtlos aufgefangene Auszüge aus der amerikanischen Presse zeigen, daß es sich bei den Schwierigkeiten unter den alliierten Führern nicht nur um deutsche Territorialfragen, oder Fragen der Schadenvergütung, sondern auch um die russische Politik handelt. Alle Telegramme aus Paris an die amerikanische Presse melden, daß die Konferenz auf einem toten Punkt angelangt ist. Die meisten stellen fest, daß Wilson sehr bestimmt gegen ein militärisches Eingreifen in Rußland ist, weil der Eingriff doch mißlingen wird. Lloyd George unterstützt Wilson in dieser Ansicht. Die Italiener und Franzosen dagegen wollen eine Absperrung von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer durchsetzen. Man ist der Ansicht, daß Wilson und Lloyd George beabsichtigen, die Sowjet-Regierung anzuerkennen, ferner weiß die ganze amerikanische Presse zu erzählen, daß Japan sich erboten hat, in Rußland einzufallen und die Sowjet-Regierung zu stürzen. Dafür soll Japan als Belohnung von Frankreich einen Teil von China verlangt haben, Frankreich schlug dieses Anerbieten aber ab und bietet statt dessen ein Stück von Sibirien an, was aber die Japaner wieder ablehnen. In demselben Sinne soll sich Japan an England gewandt haben.

Beginn der Danzig-Verhandlungen

Foch reist nach Spaa.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Genf, 1. April.

Pariser Meldungen zufolge hat der Viererrat Marschall Foch Instruktionen über sein Verhalten in der Frage von Danzig zugehen lassen, über die jedoch so lange Stillschweigen gewahrt werden soll, bis sie zur Kenntnis der deutschen Regierung gelangt sind. Wie es heißt, kommen diese Instruktionen dem deutschen Standpunkt beträchtlich näher und man glaubt, daß es gelingen wird, eine Einigung zu erzielen.

„Echo de Paris" meldet: Marschall Foch ist heute nacht zur Front abgereist mit allen erforderlichen Instruktionen, um mit den deutschen Bevollmächtigten in Spaa zu verhandeln. Er wird mit dem Rat der Vier in dauernder Verbindung stehen. — Der Rat für Ueberseetransporte ergriff alle Maßnahmen, um den Transport von Truppen zu sichern. Man nimmt an, daß der Rat der Vier nicht zögern wird, erforderlichenfalls zu Taten überzugehen.

Das Schauspiel von Spaa bekommt einen neuen Akt. Wenn die Vormeldungen aus Paris recht behalten, wird man einen Kompromiß schließen, der Danzig als neutralen Staat vorsieht. Jedenfalls ist anzunehmen, daß die entschlossene Haltung des deutschen Volkes und als Folge davon auch die starke Stellung der sonst schwächlichen Regierung ihren Eindruck in Paris nicht verfehlt hat, zumal man im Rat der Vier geteilter Meinung über die Danziger Frage war. Selbst auf die Androhung hin, daß der Rat der Vier nicht zögern wird, zu Taten überzugehen, dürfte von den Regierungsvertretern in Spaa nichts zugestanden werden. Der Danziger Oberbürgermeister, der Erzberger begleitet, wird über die Weigerung der Danziger den objektivsten Aufschluß geben können. Selbst durch des Marschalls weitgehende Garantien und die drohenden Taten des Viererrats wird das Deutschbewußtsein der Danziger nicht umzustoßen sein.

Amsterdam, 1. April.

Die große Rede des Sozialisten Cochin in der französischen Kammer wird jetzt ausführlich wiedergegeben: Aus der Rede geht hervor, daß die französischen Truppen in Südrußland in immer härterem Maße dem russischen Bolschewismus unterliegen, so daß es bei ihnen zu Meutereien bedenklicher Art gekommen ist. Die Russen bedienen sich den Franzosen gegenüber folgenden Systems, sie entlassen alle französischen Gefangenen wieder zu ihren Truppenteilen. Die entlassenen Gefangenen, die sich weigern, den Befehlen ihrer Vorgesetzten Folge zu leisten, werden somit zu Trägern des bolschewistischen Gedankens im französischen Heer.

Einer Reuter-Meldung zufolge hielt Churchill im Unterhause, bevor die Militärdienstbill zur Abstimmung gelangte, eine ausführliche Rede über die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung eines starken Heeres während der augenblicklichen Zeit. In Erwiderung von Kritiken, daß die Kosten einer englischen Okkupationsarmee zu hoch seien, sagte Churchill, wenn man die von Deutschland für den Unterhalt der englischen Rheinarmee aufzubringenden 70 Millionen von der Gesamtsumme abziehe, beliefen sich die Kosten für den Unterhalt der Okkupationsarmee 1919 noch auf ungefähr 133 Millionen Pfund Sterling. Auf die Kritik, daß keine nationale Notwendigkeit für die Bill bestehe, erwiderte Churchill, daß, wenn England seiner militärischen Kraft beraubt würde, es nicht die Macht besitzen würde, auch nur den geringsten Einfluß auf den Gang der Ereignisse in ganz Europa auszuüben. Churchill erklärte, wegen der beklagenswerten Schwierigkeit, zwischen Italien und Südslawien müßten 10 000 britische Soldaten in den dortigen Gegenden stehen, um Unruhen zu verhindern. Churchill erklärte, die Bill sei notwendig, selbst wenn Rußland überhaupt nicht bestände.

Wenn 10 000 Engländer die Mauer zwischen Slowaken und Italienern bilden, ist der Streit zwischen diesen beiden Staaten noch schärferer Natur als man aus den italienischen Meldungen annehmen konnte. Die Friedenskonferenz hat harte Arbeit, wenn sie die eigenen Verbündeten mit 10 000 Soldaten in Schach halten muß. Soviel man weiß, stehen in Rußland, der Türkei, in Afrika, Ostasien, in Ungarn und in Deutschland auch alliierte Truppen. Das ist ein gutes Zeichen für die Fortentwickelung des Völkerbundvertrages und des Völkerfriedens. Kein Wunder, daß der trotz der Bemühungen Wilsons und der Anstrengungen Herrn Erzbergers nicht kommen will.

Ungarn mobilisiert

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Wien, 1. April.

Budapester Meldungen zufolge ist das Kriegskommissariat der Räterepublik in Ungarn damit beschäftigt, eine Rote Armee zur Befreiung Ungarns von den Rumänen auszubilden.

Nach weiteren Meldungen hat Lenin an die ungarische Räterepublik eine Aufforderung gerichtet, in der er fordert, daß alle Sozialisten aus der Regierung entfernt werden und diese nur aus Kommunisten bestehen soll.

Eine Interpellation über das Tumultgesetz

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

(tz) **Weimar, 1. April.**

Folgende, von 87 Abgeordneten unterzeichnete Interpellation ist der Regierung zugegangen. Durch die revolutionären Ereignisse seit dem 9. November 1918 sind zahlreiche und schwere Schädigungen von Personen und Sachen eingetreten. Die bestehenden Tumultgesetze über die Haftung der Gemeinden für solche Schädigungen sind unbefriedigend. Ist die Regierung bereit, der Nationalversammlung den Entwurf eines Reichsgesetzes in Kürze vorzulegen, welches eine Teilung der Haftung zwischen Reich, Staat und Gemeinden vorsieht?

Hoff — Chef der Reichseisenbahnen

Berlin, 1. April.

Staatsminister Hoff, der vom Posten als preußischer Eisenbahnminister zurückgetreten war, ist Chef der Verwaltung der Reichseisenbahnen geblieben und führt als solcher die Verhandlungen und Vorarbeiten für die Uebernahme der deutschen Staatsbahnen durch das Reich.

Scharfe Maßnahmen in Frankfurt

Frankfurt a. M., 1. April.

Die gestrigen Unruhen forderten elf Tote, darunter sieben Plünderer. Bis jetzt wurden über 20 sehr schwerverletzte Plünderer den Krankenhäusern zugeführt. Am Morgen wurden aus einem Geschäft 200 Zentner Butter, 70 000 Eier und 100 Zentner Fett geraubt.

Am Nachmittag wurden neue Ausschreitungen verübt, namentlich Lebensmittelgeschäfte und Bäckereien waren das Ziel der Plünderer. Dabei kam es zu Kämpfen mit der Polizei.

Generalstreik in ganz Württemberg

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Berlin, 1. April.

Wie das „8 Uhr-Abendblatt" aus Stuttgart meldet, kam es heute zwischen Regierungstruppen und Demonstranten zu einem Zusammenstoß, wobei viele Personen verletzt und drei getötet wurden. Die Regierungstruppen trieben die Demonstranten auseinander, worauf bald die Ordnung wieder hergestellt wurde. Die Stuttgarter Streikleitung hat den Generalstreik über ganz Württemberg proklamiert, darauf hat auch die Führung der Württemberger Bürgerschaft beschlossen, gleichfalls den Streik auf ganz Württemberg auszudehnen.

Der Streik im Ruhrgebiet

56 000 Streikende

Berlin, 1. April.

Eine Konferenz der Vorstände der vier großen Bergarbeiterverbände befaßte sich in eingehender Beratung mit der Lage im Ruhrgebiet. Es wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der unter anderm betont wird, daß die Bergarbeiterverbände nachdrücklichst alle besonnenen Arbeiter warnen, sich an dem Generalstreik zu beteiligen.

Essen, 1. April.

Soweit sich die Lage bis jetzt übersehen läßt, hat die Streikaufforderung der Spartakiden nur geringen Erfolg gehabt. Die größte Zahl der Ausständigen ist im Dortmunder und Wittener Bezirk, von wo die Bewegung ihren Ausgang genommen hat. Im Oberhausener Bezirk ist nur die Zeche Lohberg ausständig. Auf den Zechen Gewerkschaft Deutscher Kaiser und Hamborn wird überall gearbeitet. In den Bezirken Altendorf, Werden und Hattingen sind die Zechen Gottfried, Wilhelm und Viktoria, im Essener Bezirk die Zechen König Wilhelm und Amalie vom Streik betroffen. Auf der Zeche Herkules, wo die Belegschaft gestern ausständig war, ist die Arbeit heute wieder aufgenommen worden, und ebenso arbeiten die Belegschaften der Zeche Langenbrahm und Königin Elisabeth. Im Recklinghausener Gebiet sind die Belegschaften der Zechen Augusta Viktoria und König Ludwig ausständig. Zu Ruhestörungen ist es nirgends gekommen. Die Gesamtzahl der ausständigen Arbeiter beläuft sich in der heutigen Frühschicht insgesamt auf 56 000; in der heutigen Mittag- und Abendschicht zusammen betrug die Zahl der Ausständigen 53 000 Mann.

In Bochum war der Generalstreik bis gegen Mittag nicht ausgebrochen. In Dortmund hat der Streik bisher keinen größeren Umfang als gestern angenommen. Bei den aus Castrop gemeldeten Schießereien wurden fünf Personen getötet, mehrere verwundet. Aus Witten verlautet, daß der Streik dem Ende entgegenzugehen scheine. Teilweise werde heute schon wieder gearbeitet. In der Umgebung dauere der Ausstand unvermindert fort. Auf den Zechenanlagen im Herner Gebiet streiken 4000 Arbeiter. Es heißt, daß morgen der Generalstreik ausbrechen werde. Aus Bochum wird gemeldet, daß in der Arbeiterschaft große Erregung herrsche. In den Versammlungen hatten die radikalen Elemente die Vorherrschaft; die besonnenen Elemente wurden niedergeschrien.

Die geschmeidigen Türken

Bern, 1. April.

„Temps" zufolge hat die Türkei dem englischen, dem amerikanischen und dem italienischen Oberkommissar in Konstantinopel eine Denkschrift überreicht, in der sie sich mit der freien Durchfahrt durch den Bosporus und die Dardanellen in Kriegs- und Friedenszeiten einverstanden erklärt. Ferner wird statistisch nachgewiesen, daß in allen Wilajets (türkisch Provinzen) des osmanischen Reiches die türkische Bevölkerung in der Mehrheit sei, und daß Griechen, Armeniern, Juden usw. weitgehende Autonomie gewährt werden soll.

Klawunde, der Ungetreue

Berlin, 1. April.

Der Kommandant von Berlin, Klawunde, ist wegen „grober Verfehlungen" vom Reichswehrminister Noske bis auf weiteres seines Dienstes enthoben worden. Die Verfehlungen, über die noch die Untersuchung Genaueres ergeben wird, werden aus gewissen Unstimmigkeiten in den Abrechnungen gefolgert. Die Führung der Geschäfte übernahm nach einer Mitteilung, die heute vormittag in der Versammlung der Korpssoldatenräte des Gardekorps gemacht wurde, vorläufig der Angehörige des Kommandanturrates, Fellechner, bis Gouverneur Schöpflin, dem die Kommandantur untersteht, im Einverständnis mit dem Reichswehrminister über die endgültige Uebernahme der Geschäfte verfügt.

Nach Halleschem Muster! Es ist doch erstaunlich, daß die völkerfrühlinggewordene Zeit so viel Ehrenmänner an Vertrauensstellen gespült hat, in denen sie schon nach einiger Zeit Unredlichkeiten begehen. Die Fälle häufen sich unter dem neuen Regime derart ins Massenhafte, daß man doch wohl zu der Ansicht neigen kann, daß etwas nicht ganz richtig im neuen Völkerfrühling ist. Kommandanten von Berlin, Soldatenräte von Halle! Und da schimpft man über „preußische Beamtenwirtschaft" und freut sich, daß es doch so „unendlich viel besser geworden sei".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191904021-11/fragment/page=0001

Die verdammte Gegenrevolution!

Ein ultrareaktionäres Berliner Blatt erlaubte sich neulich im Anschluß an ein ebenso harmloses wie alltägliches Geschichtchen von einem unschuldigen jungen Mann, der irgend einem Mitfahrenden auf der Hochbahn im Wege stand, und der nun plötzlich von allen Seiten angepfiff wurde, als sei gerade er der Schuldige an der ewigen Ueberfüllung aller Verkehrsmittel, die folgenden Verallgemeinerungen:

„Wie gut, wenn der allgemeine Aerger ein Objekt gefunden hat, an dem er sich einen Augenblick lang stählen, also entspannen kann. Ja, das tut wohl. Einer macht's dem andern nach und fühlt sich im Schutz der Allgemeinheit geborgen. So ist es ja immer gewesen.

An der kleinen Alltagsbeobachtung sehen wir wieder einmal, wie die Allgemeinheit arbeitet. Sie urteilt niemals, denn Urteile sind noch immer Eigengewächs gewesen, sie folgt dem Trieb. Triebe aber sind blind und vor allen Dingen ansteckend. Dagegen gibts nur ein Mittel: eine ganz ureigene Urteilskraft. Und das ist zu allen Zeiten ein Wunderkräutlein gewesen, wo es heißt: aller hundert Jahre wachse es nur einmal und obendrein verwelke es dann meistens, ohne daß jemand es gefunden und seine wunderbare Heilkraft gekostet habe."

Wir rufen entsetzt die bewährten Kapitolswächter vom „Berliner Tageblatt" zu Hilfe, damit ihr scharfer Einspruch verhindere, daß eine (wohl von reaktionären Geistern wie Schiller und Ibsen beeinflußte!) so unerhörte, offensichtlich gegenrevolutionäre Verhöhnung der heiligen Demokratie und Beschimpfung der regierenden Masse nie wieder vorkomme, am allerwenigsten ausgerechnet im „Vorwärts", dem die obigen Zeilen entnommen sind!

Kirchliche Geheimdiplomatie?

Sicherem Vernehmen nach hat der Vertrauensrat, der durch den Evangelischen Oberkirchenrat zur Beratung und Neugestaltung der kirchlichen Ordnungen ins Leben gerufen worden ist, den Entwurf zum kirchlichen Wahlgesetz schon geraume Zeit fertiggestellt. Warum erfahren weitere kirchliche Kreise nichts Näheres darüber? Warum wird er der Oeffentlichkeit bisher vorenthalten? Ob er die Forderungen und Wünsche von Rechts oder rechts beziehungsweise oder sich auf der mittleren Linie bewegt, gleichviel, wir haben ein gutes Recht, ohne Zeitverlust zu erfahren, auf welches Geleise der kirchliche Wagen geschoben werden soll. Die Generalsynode, die für die kirchliche Gesetzgebung maßgebende Körperschaft, pflegt in voller Oeffentlichkeit zu tagen und auch ihre Kommissionsbeschlüsse erblicken sofort das Licht des Tages. Und heute, wo Schleier und Hüllen bei allen Verhandlungen öffentlicher Art herpönt sind, werden die evangelischen Gemeindeglieder in unnötiger Spannung belassen. Inzwischen hat die preußische Notverfassung drei evangelische Staatsminister zu Trägern des früheren landesherrlichen Kirchenregiments bestimmt, und die preußische Regierung hat soeben ihr Kultusprogramm entwickelt. Da sollten auch die kirchlichen Kreise zu erneuter Mitarbeit aufgerufen und ihnen der fertiggestellte Entwurf zum kirchlichen Wahlgesetz vorgelegt werden. Auch der bloße Schein kirchlicher Geheimdiplomatie ist von Uebel. Darum klare man die evangelischen Gemeinden schleunigst auf und lasse auch sie ihr Wort in die Wagschale werfen.

Wie unser Volk betrogen wird

Eine Hauptbeschuldigung der Revolutionshetzer gegen das alte System war das Schlagwort: „Das Volk ist vier Jahre lang belogen worden." Jeder besonnene Sozialist gibt zwar zu, daß während des Krieges Notwendigkeiten vorlagen konnten, die Wahrheit geheim zu halten. Wenn man dem alten Regime trotzdem seinen Mangel an Offenherzigkeit so sehr zum Vorwurf macht, so sollte man erwarten, daß die sozialistische Regierung und ihre Organe jetzt dafür Sorge tragen, daß zwischen ihnen und dem Volke reinste Wahrheit herrscht. Aber schon hört man überall, selbst in Arbeiterkreisen, sagen: Jetzt werden wir dreimal so arg belogen als früher! Das Regierungsblatt, der „Vorwärts", ist schon wiederholt dabei ertappt worden, daß er sogar in den Parlamentsberichten höchst wichtige Dinge unterschlagen hat. Wohl das wichtigste, was unserem Volke bisher in der preußischen Landesversammlung mitgeteilt wurde, sind die Enthüllungen des damaligen Finanzministers, jetzigen deutschnationalen Abgeordneten Hergt über den ungeheuren Volksbetrug am 9. November, über die Art, wie die Sozialistenführer das Volk mit Lug und Trug, unter Verrat an Kaiser und Kanzler, in die Revolution und damit in das Elend und die Schmach getrieben haben. Und diese überaus bedeutsamen Mitteilungen aus den Schicksalsstunden unseres Volkes unterschlägt das Regierungsblatt in seinem Parlamentsbericht! Das darf das arme betrogene deutsche Volk nicht erfahren! Das ist bezeichnend für den sittlichen Tiefstand des jetzigen Systems, für das böse Gewissen derjenigen, die das Revolutionsverbrechen am deutschen Vaterlande begangen haben. Daß sich der „Vorwärts" dabei in der Gesellschaft der Kommunistenblätter „Freiheit" und „Republik" und der „Berliner Volkszeitung" des demokratischen Mosse-Verlags befindet, verbessert die Lage für das Regierungsblatt nicht; man erkennt daraus nur die Geistesgemeinschaft all dieser Organe der neuen Aera der Wahrheit und Sittlichkeit.

Bayerns Sonderwünsche

Vertretung auf der Friedenskonferenz.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Frankfurt (Main), 1. April.

Wie der Münchener Korrespondent der „Frankf. Zeitung" zuverlässig erfährt, hat Bayern vor kurzem bei der Reichsregierung das Verlangen gestellt, auf der Friedenskonferenz mit vertreten zu sein. Die Reichsregierung hat dieses Ansuchen abgewiesen, eine Rückäußerung Bayerns hierauf ist noch nicht erfolgt.

Morgenröte in Rußland?

W. T. B. Amsterdam, 1. April.

„Algemeen Handelsblad" zufolge meldet „Daily Telegraph" aus Helsingfors, daß in Petersburg sehr ernste Unruhen stattgefunden haben. Das Ansehen Lenins nehme ab. Trotzky werde im Kreml in Moskau von lettischen Soldaten bewacht. Er lebe aus Furcht für sein Leben in vollkommener Zurückgezogenheit.

*

Pariser Spionageprozesse

Paris, 1. April.

Gestern begannen vor dem Kriegsgericht die Verhandlungen in der Anklagesache Lemoir-Desouches-Humbert-Ladoux. Lemoir und Desouche werden des Einverständnisses, Humbert des Verkehrs mit dem Feinde und Ladoux der Unterschlagung eines die Landesverteidigung betreffenden Schriftstückes beschuldigt.

*

Regierungswerden in Finnland

Helsingfors, 1. April.

Die finnländische Regierung hat ihre Entlassung nachgesucht. In einem Schreiben an den Reichsverweser begründet Staatsminister Ingman den Schritt, mit dem Zusammentreten des neuen Landtages sei die Aufgabe der Regierung erfüllt. Der Reichsverweser hat die Einstellung weiterer Maßnahmen gegen die Aalanddelegation angeordnet.

*

Deutsche Kohle für Oesterreich

Wien, 1. April.

In der gestrigen Sitzung des Kabinettsrates berichtete Staatssekretär Ferdik über die Ergebnisse der Besprechungen über die Kohlenlieferungen in Berlin. Der Kabinettsrat beschloß, der deutschen Reichsregierung für die in Aussicht gestellte Hilfeleistung den wärmsten Dank auszusprechen.

*

Heringe aus Norwegen

Berlin, 1. April.

Die Ausfuhr der in ungeheuren Mengen in Norwegen für Deutschland lagernden Heringe und Fischprodukte hat begonnen. In Hamburg sind bereits fünf Dampfer mit Heringen und Fischprodukten eingetroffen. In mehreren Häfen Norwegens werden weitere Ladungen für Deutschland aufgenommen, die in diesen Tagen eintreffen.

Heimkehr aus Ostafrika

Berlin, 1. April.

Die gestern mit einem Sonderzug hier eingetroffenen deutschen Frauen und Kinder aus Ostafrika wurden am Lehrter Bahnhof vom Reichskolonialminister Dr. Bell, Gouverneur Dr. Schnee und Frau Schnee begrüßt.

Schülerrat ex est

Ludwigshafen, 1. April.

Die pfälzische Kreisregierung hat auf Veranlassung der französischen Ueberwachungsbehörden sämtliche Schülerräte oder Schülerausschüsse in der Pfalz aufgelöst.

Rechenkünste des sozialdemokratischen Landarbeiterverbandes

In der März-Nummer des „Landarbeiters" wird die Mitgliederzahl des sozialdemokratischen Landarbeiterverbandes mit 75 000 angegeben. Freundlicherweise setzt das sozialdemokratische Blatt hinzu, wie diese Mitgliederzahl errechnet ist. Da liest man nun wörtlich folgendes: „Eine genaue Statistik über die Mitgliederzahl unseres Verbandes ist in den gegenwärtigen Zeitläuften nicht möglich. Ueber 90 000 Mitgliedskarten sind bis zum heutigen Tage, wo wir dies schreiben, seit der November-Revolution versandt. Rechnen wir dazu den Bestand von etwa 10 000 Mitgliedern bei Ausbruch der Revolution und noch die Tausende dazu, die inzwischen vom Militär zurückgekehrt sind, dann ist die Zahl von 75 000 keine Uebertreibung."

Mangel an Großzügigkeit in der Berechnung der Mitgliederzahlen kann man dem Vorstande des sozialdemokratischen Landarbeiterverbandes nach dieser Probe wahrhaftig nicht vorwerfen. Man muß nämlich wissen, wie der Materialversand in einer Gewerkschaft vor sich geht. Die Mitgliedskarten werden blanko versandt. In der Regel lagern größere Mengen davon in den Bezirksgeschäftsstellen. Auch die örtlichen Verwaltungsstellen haben einen gewissen Vorrat auf Lager, um neu eintretenden Mitgliedern sofort Mitgliedskarten aussertigen zu können. Außerdem können mehr oder weniger große Materialmengen in den Wohnungen freiwilliger oder nebenamtlicher Agitatoren bereit liegen. Aus den Versandzahlen von Mitgliedskarten läßt sich jedenfalls auch nicht annähernd die Mitgliederzahl einer Gewerkschaft feststellen, ganz abgesehen von der Fluktuation, die im sozialdemokratischen Landarbeiterverband sehr lebhaft sein soll. Von 90 000 Mitgliedskarten, die der sozialdemokratische Landarbeiterverband in fünf agitatorisch außerordentlich lebhaften Monaten verschickt hat, dürften kaum 20 000 bis 30 000 für wirkliche zahlende Mitglieder verwandt worden sein. Vielleicht war der Vorstand des sozialdemokratischen Landarbeiterverbandes aber schon bei Aufstellung der Versandzahl so großzügig, daß man auch hinter diese Zahl ein Fragezeichen machen muß. Wenn der erwähnte Verband zur Feststellung seiner Mitgliederzahl keine zuverlässigeren Unterlagen hat als die Versandzahl der Mitgliedskarten, dann muß es in seiner Hauptverwaltung bös aussehen. Jedenfalls kann er unter diesen Umständen nicht verlangen, daß man seine Mitteilungen für bare Münze nimmt. Wenn alle seine statistischen Angaben auf so schwachen Füßen stehen, dann sind sie für denkende Menschen völlig wertlos.

Kleine Nachrichten

Ein neuer Trick. Fünf Personen raubten in der Reichsbanknebenstelle zu Euskirchen nach Knebelung der anwesenden Angestellten annähernd anderthalb Millionen Mark. Die Täter trugen englische Uniformen und benutzten auf der Flucht in der Richtung nach Bonn und Köln ein englisches Ambulanzautomobil.

Panem et Circenses. Im Kino einer Mittelstadt industriereicher Gegend mit zahlreicher Arbeiterbevölkerung, die lebhaftesten Anteil an den politischen Vorgängen der letzten Monate nahm, wurde neulich der große Film „Ferdinand Lassalle" geboten. Mit lautem Tamtam wurde das Spiel an den Anschlagsäulen angekündet; die Zeitungen brachten große Anzeigen mit redaktionellen Hinweisen auf den zeitgemäßen Inhalt des Stückes. — Der Besuch war gering. Gerade die Kreise, für die der Film bestimmt war und denen er Verständnis für das Leben eines ihrer größten Vorkämpfer bieten sollte, fehlten. — Der nächste Spielplan brachte das Sensationsdrama „Höllengluten". Das Haus war, wie immer bei derartigen Stücken, übervoll.

Nur eine Tageserscheinung, aber sie gibt zu denken. Man hörte heute viel vom Rechte der Massen auf Bildung, vom Hunger des Volkes nach geistiger Nahrung. Das Problem ist ernst. Bestgesinnte Kreise haben schon lange vor der Revolution zu seiner Verwirklichung gearbeitet. Immer und immer wieder hat sich der Boden, das ist die Masse des Volkes, als außerordentlich hart erwiesen und dem Pfluge Widerstand entgegengesetzt. — Auch die Revolution hat nicht mit einem Schlage aus Menschen Götter gemacht. Wo „Panem et Circenses", Brot und Spiele, ertönt, da muß geistige Schollenarbeit sechspfännig arbeiten, um erst die Kruste der Wüste umwerfen zu können.

Nachdruck verboten.

Die Referendarin

25] Roman von Carl Busse.

„Aber jeder Mensch," sagte Peter Körner, „muß doch sich selbst leben. Ich muß doch sagen, was ich denke. Man wird doch sonst leicht Papagei."

Inge Westerhausens tiefe Stimme kam jetzt dazwischen.

„Sie scheinen leicht ins Zoologische zu fallen, Herr Referendar. Erst die Schildkröte, dann der Papagei —!"

Er lachte herzlich.

„Das gnädige Fräulein hat recht. Ich bin nämlich ein großer Tierfreund. Ich passe auch gar nicht zum Debattieren. Da verrenn' ich mich leicht. Und wenn es geschehen sein sollte, bitte ich um Entschuldigung."

„Nicht doch," wehrte der Hausherr ab, „es ist ganz interessant, mal die Ansicht der jüngeren Herren zu vernehmen. Aber ehe wir gerufen werden . . . ich möchte den Herren da noch eine kleine Broschüre zeigen und empfehlen. Bitte nur einen Augenblick um Entschuldigung."

Er verschwand. Inge zupfte die Bluse herunter und sagte: „Gehört Ihnen die graublaue Dogge, Herr Referendar?"

„Jawohl, gnädiges Fräulein. Gefällt sie Ihnen nicht?"

„O doch!" Sie lächelte. Sie hatte das Aufleuchten seiner Augen bemerkt. „Sie scheinen wirklich ein großer Tierfreund zu sein, aber man behauptet immer, Tierfreunde seien Pessimisten. Sie suchten bei den Vierfüßlern, was sie bei den Menschen nicht gefunden hätten."

„Nein!" lachte er. „Ich bin auch mit den Menschen recht zufrieden. Ich komme mit allen aus. Na, und wo's nicht geht, mach' ich 'nen Bogen. Die lasse ich liegen."

„Wenn das nur immer möglich ist," erwiderte sie. Während der ganzen Zeit hatte sie die Augen, die etwas kühlen grauen Augen auf ihm ruhen lassen, als wollte sie ihn ergründen. „Mein Bruder ist Offizier. Der dachte auch so. Aber nun, wo er beim Regiment ist —" Achselzuckend: „Man hat doch Vorgesetzte. Mein Bruder stöhnt über den Kommandeur. Was will er machen?"

Dieckmann nickte lächelnd.

„Theoretisch hört sich das alles ganz gut an. Aber in der Praxis —"

„Geht's auch. Wirklich! Ich seh' da keine Schwierigkeiten. Offizier bin ich ja nicht. Und ich weiß sowieso nicht, ob ich Richter werde. Wahrscheinlich Rechtsanwalt. Da ist man weniger gebunden."

„Rechtsanwalt?" fragte selbst Buttke, der bisher nur immer zugehört hatte.

„Ja. Vielleicht. Ich habe ja noch genügend Zeit zum Ueberlegen."

Fassungs- und verständnislos blickten die drei noch immer zu ihm hin.

„Dann stammen Sie aus keiner Beamtenfamilie, Herr Referendar," unterbrach Inge Westerhausen die Stille.

„Nein, mein Vater ist Arzt."

„Gnädiges Fräulein haben einen bewunderungswürdigen Scharfblick," dienerte Dieckmann. „Wer in der Tradition aufgewachsen ist — nein, nein, so erklären sich auch manche Anschauungen des Kollegen."

„Das Rebellenhafte?" lachte Inge. „Das ist doch ganz nett. Der Fremdling in unserer Hierarchie! Wissen Sie, Sie kommen mir vor wie ein Amerikaner, der nach Europa verschlagen wird. Alles, was uns schon im Blut liegt, fehlt Ihnen."

Es war freundlicher und interessierter gesagt als alles andere.

„Ist das nun Lob oder Tadel?" fragte Peter Körner. „Aber ich beuge mich gerne. „Das Beste am Arzt ist", pflegt mein Vater zu sagen, „daß er die Menschen in Zuständen sieht, in denen sie Rang und Kleider vergessen. König und Bettler, Minister und Schreiber — die Hülle fällt, und die armen Erdenwürmer bleiben."

„Das habe ich schon als Junge so oft gehört, daß mir der rechte Untertanenrespekt flöten ging. Und dann die Großstadt! Mein Vater war nicht für das viele Erziehen, hatte auch keine Zeit dazu. Tob dich man aus, hat er manchmal gesagt — immer freiweg. Dann schleift sich alles von alleine ab. Nur Käfigvögeln werden die Krallen beschnitten. Die anderen wetzen sie sich selbst ab, wenn sie zu lang werden."

Inge Westerhausen sah zwischen den Portieren durch in die anderen Zimmer.

„Solch Vater möchte manchem Jungen passen."

„Ja," meinte Peter Körner, „ich hab 'n famosen alten Herrn."

Da kam der Rat zurück. Er entschuldigte sich, daß er so lange hätte warten lassen. Unterm Arm trug er ein Paket Flugblätter.

„Die Herren kennen ja meinen Standpunkt," sagte er, „aber man kann im Interesse des Gemeinwohles nicht oft genug darauf zurückkommen. Da habe ich hier etwas . . . sehen Sie sich das bloß mal an. Wissen Sie, was das ist?"

Er zeigte mit gespannt fragendem Gesicht eine Abbildung herum.

„Das meine Herren, man muß es beim rechten Namen nennen, ist eine Säuferleber!"

„Alle Achtung!" platzte Peter Körner heraus.

„Eine durch Alkoholgenuß geschrumpfte Leber!" sagte der Rat triumphierend. „Nebenan finden Sie noch die Nierenschrumpfung abgebildet. Sollte man dergleichen nicht in jedem Wirtshaus, in jeder Schulstube, in jedem öffentlichen Gebäude aushängen? Sollte man es für möglich halten, daß es trotzdem noch Menschen gibt, die den Alkohol genießen, ja, ihn sogar verteidigen? Brauch ich auf die Zusammenhänge hinzuweisen, die zwischen Alkoholgenuß und Verbrechen, Alkoholgenuß und Geisteskrankheit, Alkoholgenuß und Unsittlichkeit bestehen?

„Meine Herren: zweitausendfünfhundert Millionen Mark — zweitausendfünfhundert Millionen — werden in Deutschland alljährlich durch die Gurgel gejagt. Ueber jede neue Steuer murrt das Volk; diese Riesensumme opfert es freiwillig. Es opfert sie, um dafür seine Gesundheit, seine sittliche Kraft, seine Ehre, seinen Wohlstand zu untergraben. Ist das nicht furchtbar? Und sollen wir Gebildeten dabeistehen und zusehen, wie das Volk sich ruiniert? Oder etwa gar mitmachen?"

Fortsetzung folgt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191904021-11/fragment/page=0002

Rosenberg und Co. vor Gericht

Das Nachspiel zu der Schiebung im Halleschen Soldatenrat — Rosenberg, drei Monate Gefängnis!! Beilicke und Schnabel geringe Geldstrafen

Halle, den 2. April.

Vor dem Kriegsgericht der 8. Division fand gestern mittag die Verhandlung gegen die bekannten Mitglieder des vormaligen Soldatenrates Halle: Rosenberg, Beilicke und Schnabel, statt, deren Köperschiebungen seinerzeit viel Aufsehen in der Stadt erregten. Der Anfang der Verhandlung verzögerte sich um etwa eine Stunde, da die Angeklagten, die in Untersuchungshaft am Kirchtor sitzen, noch nicht vorgeführt waren. So konnte erst gegen 12 Uhr die Sitzung beginnen. Den Vorsitz führte Kriegsgerichtsrat Thielo, als Anklagevertreter fungierte Kriegsgerichtsrat Wolff. Als Zeugen waren geladen: Kaufmann Max Heber, die Vorstandsmitglieder des ehemaligen Halleschen Soldatenrates Adler und Platen und ein Feldwebel Reubert, Verteter des Artilleriedepots.

Auf Befragen des Vorsitzenden gibt der Hauptangeklagte Rosenberg zu seinen Personlien an, daß er am 11. November 1894 geboren, Oberrealschulbildung besitzt und von der Schule aus zum Militär gekommen ist. Am zweiten Mobilmachungstage habe er sich, von der Schweiz kommend, freiwillig zum Heere gemeldet. Er sei wegen krankhafter seelischer Veranlagung im Lazarett und später in einer Nervenstation in Behandlung gewesen. Gegenwärtig fühle er sich gesund. Seine Entlassung sei am 31. Januar erfolgt. Bis vor Weihnachten des vergangenen Jahres sei er als Vorstandsmitglied in der Finanzkommission des Halleschen Soldatenrates tätig gewesen. Zur Anklage selbst führt Rosenberg aus, daß seinerzeit vom Artilleriedepot an den Soldatenrat schriftliche Meldung gekommen sei, daß im Magazin in Beesen, wo große Mengen Köperstoff aufgestapelt waren, fortgesetzt Diebstähle verübt werden. Die Lage in den Kasernen war so, daß es Schwierigkeiten bereitete, Posten auszustellen, um die Lagermengen zu beaufsichtigen. Der Soldatenrat hatte demnach beschlossen, die in Beesen lagernden Waren zu beschlagnahmen und zu veräußern.

Vors.: Wie kam der Soldatenrat dazu, diesen Beschluß zu fassen?

Angekl.: Er ging von dem Standpunkte aus, nur auf diese Art sei es möglich, den dort lagernden Stoff vor weiteren Diebstählen zu retten. Auf Umfrage, wo wir die Stoffe abzugeben haben, wurden wir an die Kriegsbewertungsstelle verwiesen, diese konnte aber darüber nicht verfügen, und nun wurden wir an den Vollzugsausschuß des Soldatenrates in Berlin verwiesen, von dort erhielten wir zuerst überhaupt keine Antwort.

Vors.: Sie wußten, daß die Genehmigung zum Verkauf von einer zuständigen Stelle nicht gegeben worden war.

Angekl.: Nachdem der erste Verkauf stattgefunden hatte, kam die Genehmigung von Berlin.

Vors.: Jedenfalls lag für Sie keine Genehmigung vor, darüber sind wir uns doch klar?!

Angekl.: Die Vertrauensleute des Artilleriedepots hatten ja die Verantwortung abgegeben. Ich erhielt dann eine Vollmacht, die Bestände, die „gefährdet" waren, zu beschlagnahmen und zu verkaufen. Ich wußte nicht, was die Stoffe für einen Wert hatten und habe mich erst an einen Fachmann gewandt, der sich den Köperstoff ansah, aber den Wert nicht zu schätzen vermochte. Eine Sachverständigenkommission hat dann die Werte für Leinen auf 3 Mk. pro Meter, für Köper auf 1 Mk. pro Meter, für Seidenunterseß auf 40 Pfg. pro Meter festgestellt. In einer darauffolgenden Sitzung im „Mars-la-Tour", die sich mit dem Verkauf befaßte, habe ich den Vorsitzenden des S.-Rates gebeten, noch einen Vertreter zu senden. Es kam Schnabel. Ich war dann einige Tage abwesend und stellte später fest, daß das Manko in der Kasse des Soldatenrates immer größer wurde und habe dann im Sinne des Soldatenrates veranlaßt, bei einem Verkauf herauszuholen, was herauszuholen ist.

Vors.: Hielten Sie dies für korrekt?

Angekl.: Jawohl; schon aus kaufmännischen Gründen.

Vors.: Ist das richtig, daß Sie als Mitglied des Soldatenrates kaufmännisch handeln?

Angekl.: Ich fand keinen anderen Weg als diesen. Geld mußte geschafft werden.

Man hatte im hiesigen Soldatenrat beschlossen, das Haus des Oberbürgermeisters zusammenzuschlagen, wenn nicht Mittel für die hiesige Sicherheitswehr zur Verfügung gestellt würden.

Bei meiner Rückkehr stellte ich weiter fest, daß außer dem großen Manko noch eine Summe in Angriff genommen war, die für Verwundete bereitstand. Nach einer Verordnung des 4. A.-K. bekam jedes Soldatenratsmitglied 20 Mk. pro Tag außer seinen Gebührnissen.

Vors.: Woher kamen denn überhaupt die Gelder für den Soldatenrat?

Angekl.: Bis zu einem gewissen Betrage hatte die Stadt aufzukommen, später hörten aber diese Zuschüsse auf.

Vors.: Am 24. Januar fand also der Verkauf mit Heber statt.

Angekl.: Ein Abschluß mit Heber konnte vorläufig noch nicht stattfinden; ich teilte dem Vorstande erst mit, daß die 700 Arbeiter im Artilleriedepot auch Stoff haben wollten. Nach einem ministeriellen Erlaß seien diese Verkäufe statthaft.

Vors.: Heber hat gesagt, daß Sie im Dezember schon an ihn herangetreten seien.

Angekl.: Er trat an mich heran, ich sagte: Nein, der Verkauf kann noch nicht stattfinden, erst nach einer Besprechung mit dem Vorstande, mit Schnabel und Beilicke, teile ich dem Kaufmann Heber mit, daß er jetzt Stoffe erhalten kann, und zwar 20 000 Meter.

Vors.: Jetzt wissen wir noch immer nicht, wer Ihnen den Auftrag zum Verkauf gegeben hat. Ist Ihnen gesagt worden, daß die Stoffe nur an die Stadt verkauft werden sollen?

Angekl.: Nein, das ist mir nicht gesagt worden.

Vors.: Sie sind also der Ansicht, daß Sie an keinen festen Vertrag gebunden waren?

Angekl.: Nein, ich konnte an Private verkaufen. Ich habe nichts getan, ohne vorher mit dem Vorstande zu sprechen.

Vors.: Warum haben Sie bisher von Neubert nichts gesagt?

Angekl.: Ich betone, daß Neubert in allen seinen Aussagen gelogen hat. Ich habe mir Rücksicht auf seine Frau und Kind genommen. In diesem Augenblick aber, wo er gegen mich zeugt, halte ich in meinen Aussagen nicht zurück.

Vors.: Sie haben also abgegeben 70 000 Meter für 70 000 Mark an die Stadt, 10 000 Meter an die Arbeiter des Artilleriedepots zum Preise von 1,50 Mk. pro Meter. Wann sind Sie denn an Heber betreffs des Köpers herangetreten? Es ist doch ferner auch von einem Flieger Weiß gesprochen worden?

Angekl.: Weiß war bei mir Schreiber, und es war mir nicht angenehm, wenn jemand zu mir kam, jedem hören zu lassen, was für einen Gewinn wir herausholen wollten.

Vors.: Sie riefen also den Heber an, daß für ihn 20 000 Meter Köperstoff bereit lägen. Was sagten Sie ihm für Verkaufsbedingungen?

Angekl.: Die Sache war so: Heber kam in meine Wohnung um 8 Uhr. Ich habe Heber früher bestellt als wie Schnabel und Beilicke, um noch etwas für mich herauszuholen. Erst nach der Verhandlung mit Heber kam mir zum Bewußtsein, wie hoch mein Gewinn bei einem Verkauf sein würde. Ich sollte pro Meter 1,50 Mk. bekommen und damit war ich, wie auch Heber, einverstanden. Dann kamen die beiden anderen Kameraden zu mir und ich sagte ihnen, daß wir die Ware zum Preise von 50 000 Mk. veräußern könnten. Von diesem Betrage erhielt

jeder von uns dreien 14 000 Mark,

und den Rest erhielt Neubert.

Vors.: Wann sind die Gelder bezahlt worden und wie?

Angekl.: Heber zahlte 10 000 Mk. als Vorschuß, den Rest später, 30 000 Mk. haben wir an den Soldatenrat abgeliefert. Außer meinem Betrag, den ich erhielt, steckte ich noch eine Provision von 30 000 Mark ein. Ich wäre stolz gewesen, wenn ich nach Italien zu meinem Vater zurückgekehrt wäre, der alles im Kriege verloren hat, und hätte ihm eine so hohe Summe auf den Tisch gelegt.

Vors.: Darüber können Sie nicht stolz sein, das waren doch unrechtlich erzielte Gelder!

Ein Verteidiger macht darauf aufmerksam, daß die Stadt Halle den Köperstoff mit 1,80 Mk. pro Meter gekauft, also 21 000 Mk. verdient hat.

Hierauf schreitet man zur Verhandlung gegen den mitangeklagten Beilicke. Auf eine Anfrage vom Anklagevertreter, ob ihm die vielen Plakate, z. B. das mit dem Wortlaut: „Ein Verbrechen ist es, Heeresgut zu verschleudern", nicht bekannt gewesen seien, gibt er zur Antwort, daß er keine Zeit zum Zeitungslesen hatte und auch von den Plakaten nicht unterrichtet gewesen ist. Die Angaben Rosenbergs seien richtig. Ich halte — so sagt Beilicke aus — das Ziel im Auge, nachdem ich mich überzeugt hatte, daß es kein Unrecht ist, Geld auf so schnelle Art und Weise zu verdienen, mir nach dem Kriege eine Existenz zu gründen. Nach Hebers und Rosenbergs Mitteilung hatte ich das Gefühl, daß die Angelegenheit korrekt ist.

Der dritte Angeklagte, stellvertr. Militärbevollmächtigter Schnabel, bestätigt ebenfalls die Aussagen des Rosenberg. Dieser hatte dem S.-Rat den Auftrag erhalten, unbedingt Geld zu schaffen, ganz gleich auf welche Weise.

Der Zeuge Neubert, ein gedienter Feldwebel, äußert sich auf die Frage des Vorsitzenden recht zögernd. Bei seinen Ausführungen kommt er öfter in Verlegenheit und führt ein Zwiegespräche mit dem Hauptangeklagten. Ich habe, so führt er aus, an Rosenberg zuerst einen Teilbetrag von rund 16 000 Mk. abgeführt, so daß noch ein Rest von 8772 Mk. blieb, den ich später an den Soldatenrat abgeführt habe. Ich habe selbst von dem Gelde nichts behalten, hatte auch meiner vorgesetzten Behörde davon Kenntnis gegeben. Von einer Verfügung, daß der Verkauf freigegeben ist, war mir nichts bekannt.

Der Kaufmann Max Heber als Zeuge gibt dann über den Abschluß mit Rosenberg nähere Angaben. Ich sollte an Rosenberg für 20 000 Meter 5,50 Mk. pro Meter bezahlen. Bedingung war sofortige Annahme und sofortige Zahlung. Angezahlt wurden von mir zuerst 10 000 Mk., dann 25 000 Mk., hierauf zweimal 10 000 Mk. und am 3. Februar führte ich den Rest von 65 000 Mk. ab, und zwar in der Wohnung Rosenbergs in Anwesenheit von Schnabel und Beilicke. Erst nach der letzten Restzahlung erfuhr ich, welchen hohen Preis ich an Rosenberg bezahlt hatte. Hierauf bemerkte der Vorsitzende, daß er 50 Ballen zu 8 Mk. weiter verschoben habe, und betonte, daß die Verhandlung

den schönsten Schleichhandel

zutage lege, wie er im Buche steht. Heber bemerkt noch, daß ihm von Rosenberg gesagt worden sei, wenn er den Kauf nicht abschließe, so habe er eine Leipziger Firma an der Hand, die den Stoff mit 7 Mk. pro Meter bezahlt.

Hierauf kommt das frühere Vorstandsmitglied des Soldatenrates Adler zur Vernehmung. Er führt aus, daß der Verkauf im engeren Rat beschlossen worden sei und der Zentralrat die Genehmigung zum Verkauf erteilt habe. Auf die Frage des Vorsitzenden, an wen denn verkauft werden sollte, antwortete Adler, die Meinung des Soldatenrates sei die gewesen, daß die Stoffe an die Artilleriedervaufsstelle in Halle abgesetzt werden sollten. Für uns im Vorstande — so führte er aus — war es selbstverständlich angenehm, daß das Manko in der Kasse gedeckt wurde; es ging gar nicht anders.

Vors.: Wie wollen Sie das bekunden?

Der Zeuge antwortete hierauf, „die Revolution habe diese Situation mit sich gebracht.

Vors.: Sie handelten also als militärische Macht und waren der Ansicht, daß Sie das Kommando über Halle inne hatten?

Adler: Jawohl, es gab in jener Zeit keine höhere Stelle als den Soldatenrat.

Vors.: Ist denn auch davon gesprochen worden, daß der Verkauf an Private erfolgen kann?

Zeuge: Der Verkauf sollte der Allgemeinheit zugute kommen.

Vors.: Der Soldatenrat war also in Geldverlegenheit, weil die Sicherheitskompagnie ihren Dienst nicht mehr versehen wollte; es war ein großes Defizit da?!

Als nächster Zeuge tritt das Vorstandsmitglied des ehemaligen Soldatenrates Platen auf. Auf Anfrage des Vorsitzenden teilt er mit, daß er von der ganzen Angelegenheit erst erfahren habe, als die Polizei die Sache bereits in Händen hatte.

Vors.: Jedenfalls kann man sagen, daß in der ganzen Angelegenheit nicht korrekt gehandelt worden ist. Adler antwortet hierauf: Den Ausdruck „korrekt" könne er nicht hinnehmen. Nachdem die beiden Zeugen Adler und Platen verreist waren sind, nimmt der Anklagevertreter das Wort uno führt aus, daß alle drei Angeklagte Mitglieder des Soldatenrates gewesen sind, also der zurzeit, wie die Angeklagten sagten, obersten Behörde, die die Zügel in der Hand hatte. Rosenberg bekam als Vertreter der Finanzkommission den Befehl für das Heer, Geschäfte zu machen. Die beiden anderen hatten den Auftrag erhalten, mitzuwirken. Sie mußten den Betrag an den Soldatenrat abführen, das war ihre Behörde. Der Beschluß war von der Körperschaft beschlossen und die drei hatten die Vertwcklichung vorgenommen. Jedenfalls hatte Rosenberg als Vertreter der Finanzkommission den erzielten Betrag an den Soldatenrat abzuführen. Er hat den Betrag nicht abgeführt, bei sich also strafbar gemacht. Er eignete sich außer den geteilten 14 000 Mk. noch einen Betrag von 30 000 Mk., also 44 000 Mk., ohne weiteres an. Bei allen dreien kommt der § 145 des Militär-St.-G. in Betracht. Man muß Beilicke und Schnabel als von Rosenberg verführt betrachten, sie sind aber auch strafbar. Rosenberg sei in seiner Handlungsweise haarsträubend vorgegangen, mildernde Umstände können ihm nicht zugebilligt werden. Er beantragt für Rosenberg eine Zuchthausstrafe von 2 Jahren, für Beilicke und Schnabel eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren.

In einer großen Verteidigungsrede nimmt Justizrat Aronsohn das Wort und stellt die Frage, ob denn überhaupt eine Verletzung der Dienstpflicht vorliegt. Er verneint das, denn

für den Soldatenrat hat man kein Gesetz

noch irgendwelche Verfassung. Eine Verletzung seiner Dienstpflicht, wenn man von einer solchen sprechen kann, liegt seitens Rosenbergs nur vor, weil er für den Verkauf Schmiergelder erhoben hat. Die Annahme der Schmiergelder ist sittlich verwerflich. Man muß sich fragen, ob so ein Jüngling wie der Angeklagte Rosenberg in das Zuchthaus zu bringen sei. Er ist von der Schule aus Soldat geworden. Nur durch seine äußere Gewandtheit hat er führende Stellen erreicht. Er ist für das Leben noch nicht reif. Das läßt sich schon aus seinen Worten entnehmen, wenn er sagte: Ich wäre stolz gewesen, wenn ich meinem Vater einen hohen Betrag auf den Tisch legen konnte. Wozu sollen wir kommen, wenn wir schon Leute, die sich in höherem Maße schuldbar machen als er, ins Zuchthaus bringen. Redner bittet den Gerichtshof, den Angeklagten freizusprechen. Der Verteidiger des Angeklagten Beilicke, Rechtsanwalt Dr. Fackenheim, spricht sich im gleichen Sinne aus. Die Beschaffung von Schmiergeldern war nicht kaufmännisch. Der § 140 des Mil.-St.-Gef.-Buches, der von einer Verletzung der Dienstpflicht spricht, kann nicht angenommen werden. Auch § 130 des gleichen Gesetzbuches kann für die Angeklagten nicht in Frage kommen. Ein Soldatenratsmitglied ist kein Beamter. Er bittet für Beilicke Freisprechung. Als dritter Verteidiger spricht für Schnabel Rechtsanwalt Peters. Die Handlung sei zweifellos zu mißbilligen und mit keinem Wort zu verschönern. Die angezogenen Paragraphen kommen nicht in Frage. Wie viele Leute gäbe es in der Stadt, die sich durch Provision Reichtümer verschafft haben und doch nicht im Gefängnis sitzen. Ein Wucherer gegen Preistreibereien kann wohl vorliegen, weil sie zu hohe Provision verlangt haben. Er bittet gleichfalls, Schnabel freizusprechen. Nachdem der Gerichtshof sich zu einer ½stündigen Beratung zurückgezogen hat, gibt der Vorsitzende das Urteil bekannt. Danach wird

Rosenberg zu 3 Monaten Gefängnis

verurteilt unter Abrechnung eines Monats der Untersuchungshaft. Schnabel und Beilicke werden zu je 300 Mark Geldstrafe verurteilt. 150 Mk. werden als durch die Untersuchungshaft verbüßt angerechnet. Die inquisitorisch beschlagnahmten Gelder werden eingezogen. Die Verteidiger ersuchen den Gerichtshof, die Angeklagten aus der Haft zu entlassen. Der Antrag soll verfolgt werden. Um 5 Uhr hatte die Sitzung ihr Ende erreicht.

*

So hat denn die vielbesagte Affäre im Halleschen Soldatenrat ihr Ende erreicht. Ein Ende, über das jedermann, der aus all den verworrenen Zeiten noch einen gelinden Rest von gesundem Menschenverstand gerettet hat, mit mehr oder minder freiwilligen Lächeln lesen muß. Drei Monate Gefängnis. Wirklich drei ganze Monate!? Man muß es gerade herausagen, daß dieses ein Rechtsspruch ist, den kein rechtlich empfindender Mensch verstehen wird. Ein Urteil, das bei „Jünglingen" von Rosenbergs Schlage nicht verfängt, das weder eine Sühne darstellt für vergangene Sünden noch ein abschreckendes Exempel vor künftigen Verfehlungen. Ein Urteil, das zu neuen Uebertretungen geradezu anreizen muß. Selbstverständlich haben die Richter nach Gesetz gehandelt; aber eben der Umstand, das das Gesetz keine Handhabe gibt, „Soldatenräte" auch nur wenigstens annähernd nach Gebühr zu fassen, der Umstand, daß das Gesetz dem Rechtsgefühl Wege steht, das muß aufs Höchste verwundern, — wenn man sich das Wundern in dieser Zeit nicht längst abgewöhnt hätte.

Halle und Umgebung

Halle, 2. April.

Die Schließung der Hochschulen

Deutschnationale Anfrage in Weimar.

Unser Weimarer Sonderberichterstatter drahtet uns:

Die Abgeordneten Wetzlich, Mumm und Traub richten an die Regierung folgende Anfrage: Akademische Kreise werden beunruhigt durch die angebliche Absicht der Regierung, Universitäten und Hochschulen zu schließen, um auf die akademische Jugend einen Zwang auszuüben, sich ausnahmslos für militärische Zwecke zur Verfügung zu stellen. Bei dem Vaterlandssinn unserer Studentenschaft setzen wir selbstverständlich voraus, daß die gesamte wehrfähige Jugend unbedingt dem Rufe der Regierung Folge leisten wird. Aber eine vollständige Schließung der Hochschulen wäre nicht nur ein Akt der Ungerechtigkeit, sondern auch gegen das allgemeine Interesse, zumal ein erheblicher Teil der Studierenden im gegenwärtigen Zwischensemester aus Kriegsbeschädigten und ehemaligen aktiven, namentlich älteren, Offizieren besteht, die durch den Krieg geistig mitgenommen sind und bestrebt sein müssen, sich endlich eine Existenz zu schaffen. Ist die Reichsregierung imstande und bereit, eine Auskunft zu erteilen, ob solche Absichten einer vorläufigen Schließung der Hochschulen durch die Einzelregierungen bestehen und ist sie gewillt, ihren Einfluß auf die Einzelregierungen, ihre Absicht zu ändern, geltend zu machen?

*

Kein Universitätsschluß in Halle.

Entgegen anders lautenden Gerüchten erfahren wir an amtlicher Stelle in Halle, daß das übliche Sommersemester an den preußischen Hochschulen auch in diesem Jahre nicht ausfällt und hier am 28. April beginnt.

Haus- und Grundbesitzer-Verein

Nachdem in der letzten Generalversammlung in voriger Woche der gesamte Vorstand seine Aemter niederlegte, machte sich eine neue Versammlung notwendig, um einen neuen Vorstand zu wählen. In der gestrigen Generalversammlung gab der Vorstand die Erklärung ab, daß sämtliche Vorstandsmitglieder ihre Aemter weiterführen wollen. Im Anschluß hieran wurden die vier ausscheidenden Ausschußmitglieder wiedergewählt. Beschlossen wurde, den Ausschuß von 12 auf 18 Mitglieder zu erhöhen und für denselben die Herren Andag, Thier, Taube, Siedler, Schwarz und Wetzel in Vorschlag zu bringen. Für das verstorbene Vorstandsmitglied Stadtrat Gressler wurde Stadtrat Uber als zweiter Vorsitzender und an Stelle des Stadtrat Uber Kaufmann Weschke zum dritten Vorsitzenden gewählt. Die bisherigen Revisoren Bethmann, Erstmann und Gradehand wurden wiedergewählt. — Des weiteren wurde wieder eingehend und lebhaft über die Stadtverordnetenwahlen diskutiert, worüber wir in der nächsten Nummer berichten werden.

— **Große Arbeiterrats-Sitzung findet am Freitag, den 4. April, nachmittags 4½ Uhr, im Stadtverordneten-Sitzungssaale statt.** Tagesordnung: 1. Aussprache über Sozialisierung. 2. Stellungnahme zur Aufhebung des § 518 der RVO. (Antrag Leidenfrost.) 3. Stellungnahme betr. Verteilung der von Ausland eingeführten Lebensmittel. (Antrag Wille.) 4. Anträge und Wünsche aus der Versammlung.

— **Gegen die Obdachlosigkeit.** Der Magistrat macht darauf aufmerksam, daß nach der Verfügung des Herrn Justizministers vom 10. Dezember 1918 (Justizministerialblatt Nr. 46 vom 13. Dezember 1918 Seite 501) Räumungen von Wohnungen, falls mit einer Obdachlosigkeit der aus dem Besitz zu setzenden Personen zu rechnen ist, im Wege der Zwangsvollstreckung nicht vollzogen werden sollen, bevor der Ortspolizeibehörde Gelegenheit gegeben ist, für die anderweite Unterbringung der Mieter zu sorgen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191904021-11/fragment/page=0003

Provinz Sachsen

Sachsen und Großthüringen

(tz) **Weimar, 1. April.**

Der sächsische Staatsminister Dr. Gradnauer ist heute, wie unser Sonderberichterstatter drahtet, in Weimar eingetroffen, um wegen des Zusammenschlusses der thüringischen Staaten zu einem Großthüringen mit der weimarischen Regierung, welche bekanntlich mit den Vorbereitungen der Aktion betraut ist, zu verhandeln.

*

)(**Greiz, 1. April.** (Vereinigung zweier Bundesstaaten.) In der Absicht, den staatlichen Zusammenschluß zu fördern, haben die beiden Freistaaten Reuß j. L. und ä. L. den ersten Schritt getan. Beide Freistaaten sollen miteinander verschmolzen werden zum „Volksstaat Ostthüringen". Der alte Name Reuß, den die beiden Staaten seit über 800 Jahren führten, soll also verschwinden. Die Hauptstadt des neuen Volksstaates wird Gera sein. Der gemeinsame Landtag, der über die Verschmelzung jetzt zu beschließen hat, führt von jetzt ab die Bezeichnung Volksrat. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. Der Volksrat kann beschließen, daß ein Gesetzesantrag oder ein von ihm gefaßter Beschluß der Volksabstimmung zu unterwerfen sei. Die Staatsleitung wird vom Staatsrat ausgeübt, den der Volksrat ernennt und der höchstens aus neun Mitgliedern bestehen darf, und zwar aus zwei Ministern und sieben Staatsräten, von denen ein Minister und drei Staatsräte dem ehemaligen Staatsgebiet Reuß ä. L. angehören sollen. Die beiden Minister führen den Vorsitz im Staatsrat, der erste Minister mit dem Sitze in Gera hat die Geschäftsleitung. In Reuß j. L. ist zurzeit Staatsminister der frühere, aus Preußen gekommene Regierungsrat Freiherr von Brandenstein, in Reuß ä. L. der frühere Rechtsanwalt und Landtagspräsident Oberländer. Von den neun Staatsräten sind drei besoldete Staatsbeamte, die andern vier erhalten Aufwandsentschädigungen oder Tagegelder und sind nicht pensionsberechtigt. Die Finanzverwaltung wird eine zentrale und die Kirchenverwaltung eine gemeinsame. Die Schule untersteht den Gesetzen und der Aufsicht des Staates. Kein Lehrer darf zum Religionsunterricht gezwungen werden oder zur Vornahme kirchlicher Verrichtung, kein Schüler wider den Willen der Eltern zum Besuche des Religionsunterrichts oder zur Teilnahme an kirchlichen Handlungen. Das Greizer Landgericht kommt nach Gera. In Greiz bleibt eine detachierte Strafkammer und es wird eine Kammer für Handelssachen neu eingerichtet. Die Rechtsprechung erfolgt im Namen des Volksstaates. Die Amtsgerichte in Hohenleuben und Burgk werden aufgehoben. Die zur vorläufigen Gemeinwirtschaft erforderlichen Mittel hat Reuß j. L. einstweilen auszulegen. Die Absicht, sich mit Altenburg zusammenzuschließen, scheiterte an dem Verlangen, die Stadt Altenburg zum Sitz der Regierung zu machen.

Auf Anordnung des Fürsten Reuß j. L. ist von heute ab das Hofmarschallamt als Behörde definitiv aufgelöst und der Oberhofmarschall von Heyden-Rynsch in den Ruhestand versetzt worden. Ein großer Teil der Hofangestellten und Bediensteten tritt im Laufe der nächsten Woche gleichfalls von ihren Aemtern und Stellungen zurück. An Stelle des Hofmarschallamts wird eine fürstliche Hof- und Hausverwaltung der auch die Intendanturgeschäfte der Hofkapelle übertragen sind, treten.

s. **Teuchern, 1. April.** (Im Verein für Obst- und Gartenbau) hielt Gartenschuldirektor Binder, Freyburg, einen Vortrag über „Zeitfragen im Obst- und Gartenbau". Der Vortragende mahnte dabei zu einer möglich einheitlichen Gestaltung des Obstbaues durch Beschränkung auf einige wenige Sorten, deren Tragfähigkeit in der Gegend erwiesen ist. Bei Neuanpflanzungen in Aepfeln und Birnen ist Vorsicht geboten. Lohnend wird der Obstbau, wenn Unterkulturen dabei in Frage kommen. Werden die Baumreihen 20—30 Meter weit auseinander gepflanzt, dann kann jede Frucht dazwischen angebaut werden, ohne daß ein Minderertrag zu befürchten ist. Alte Anpflanzungen müssen durch angemessene Pflege auf die höchste Ertragsfähigkeit gebracht werden. Die Bekämpfung der Schädlinge ist unter Leitung eines Baumwärters mit größter Umsicht auszuführen und muß möglichst einheitlich sein. Vorbeugungsmaßnahmen fruchten mehr als nachherige Bekämpfung der auftretenden Schädlinge. Nur durch großzügige einheitliche Zusammenarbeit kann Erfolg erzielt werden. Eine lebhafte Besprechung schloß sich dem lehrreichen Vortrage an.

— **Delitzsch, 31. März.** (Schafzüchterverein.) Unter dem Vorsitz des Oekonomierats Sernau-Brehna versammelten sich hier die Schafzüchter und Interessenten der Schafzucht aus den Kreisen Bitterfeld und Delitzsch und gründeten einen Schafzüchterverein, der die genannten Kreise umfaßt. Die Veranlassung dazu ist die traurige Lage in bezug auf unsere Volksernährung und Bekleidung. Der hiesige Wollmarkt wurde vor dem Kriege vom Auslande derart überschwemmt, daß die heimische Schafzucht immer weiter zurückging. Da uns jetzt jedoch das Ausland blockiert, soll die Schafzucht in unserem Vaterlande derartig gehoben werden, daß diese mit dem Auslande konkurrenzfähig wird. Durch die Vermehrung der Schafzucht soll aber auch der jetzt so empfindliche Fleischmangel gehoben werden. Zum Vorsitzenden des Vereins wurde Herr Oberamtmann Messerschmidt in Beerendorf gewählt.

s. **Teuchern, 1. April.** (Landwirtschaftliches.) Hier ist die vom Kreise errichtete Entrüdungs- und Entlausungsanstalt für Pferde eröffnet worden. Dieselbe steht unter tierärztlicher Leitung; der Kreistierarzt hat die Oberleitung. Die Pferde sind bei dem Tierarzt Kubaschewski in Teuchern mündlich oder schriftlich anzumelden. Die Pferdebesitzer werden die Einrichtung mit Freuden begrüßen und vorkommendenfalls regen Gebrauch davon machen. Teuchern liegt im Mittelpunkt des Kreises und ist auch von den entfernt liegenden Orten leicht zu erreichen.

l. **Zerbst, 31. März.** (Hohe Ackerpreise.) Die Preise für Ackerland steigen infolge des Ackerhungers in allen Gegenden des Kreises in geradezu erschreckender Weise. Man braucht sich nicht über die märchenhaften Preise für Heu und anderer Futtermittel, wie auch für menschliche Nahrungsmittel zu wundern, wenn man hört, daß unlängst beim Verkauf einer Wirtschaft im benachbarten Hundeluft in einzelnen Parzellen, deutlicher gesagt, bei einer Grundstücks-Ausschlachtung, das Höchstgebot für 1 Morgen Ackerland sich auf 3050 M., der für 1 Morgen Wiese gar auf 4250 M. stellte, daß der Morgen im Durchschnitt 2300 M. erzielte, während noch vor 2—3 Jahren 500 M. für den Morgen einen guten Preis darstellte.

tzk. **Querfurt, 31. März.** („Unter falscher Flagge.") Ein Handlungsgehilfe und ein Bäckergehilfe von hier hatten in Erfahrung gebracht, daß am 16. März ein Fuhrwerk aus Halle von Querfurt eine ganze Menge im Schleichhandel erworbener Lebensmittel nach Halle bringen würde. Wie das „Querfurter Kreisblatt" meldet, soll es sich um vier geschlachtete Schweine, ein Viertel Rind, Mehl, Zucker, Brot und andere Lebensmittel gehandelt haben. Sie beschlossen, mit einigen anderen, noch nicht festgestellten Leuten das Fuhrwerk anzuhalten und die gehamsterten Lebensmittel abzunehmen. Sie stellten sich dazu einen Ausweis vom Arbeiterrat aus, liehen sich ein Fuhrwerk und stellten das Schleichhändlerfuhrwerk auf der Straße nach Schafstädt in der Nähe von Weidenbach. Dem Wagenführer wurde gesagt, sie kämen im Auftrage des Arbeiterrates, der von dem Schleichhandel erfahren habe, und sie sollten dem Fuhrwerk die gehamsterten Lebensmittel abnehmen. Da sie auch eine Bescheinigung vom Arbeiterrat hatten, so mußte der Fuhrmann ruhig zusehen, wie sie drei Schweine auf ihren Wagen luden und damit nach Querfurt zurückfuhren, wo die „Herren Arbeiterräte" die Schweine unter sich verteilten. Die Polizei kam aber hinter diese Sache und hat jetzt die beiden festgenommen und ins Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert.

— **Arnstadt, 1. April.** (Ein Großfeuer) suchte die außerhalb unserer Stadt gelegene Arnstädter Cellulose-Papierfabrik, Akt.-Ges., heim. Das große Wohnhaus des Direktors und das Beamtenhaus sowie der größte Teil der Fabrik selbst wurden vom Feuer vernichtet oder brannten aus. Der Schaden ist beträchtlich. Die Ursache des Feuers ist nicht aufgeklärt.

— **Weimar, 1. April.** (Das Schloß Heinrichsau), das seit der Revolution dem früheren Großherzog und seiner Familie zum Aufenthalt dient, wurde von zahlreichen Spartakisten angegriffen, doch konnten durch militärische Hilfe der Großherzog und seine Familie wirksam geschützt werden. Das Schloß hat einen militärischen Schutz erhalten. Die Vorgänge sind um so bedauerlicher, als die Großherzogin jetzt besonderer Schonung bedarf.

„H. Z."-Sportberichte

Der Frauensport

Die Deutsche Sportbehörde für Athletik empfiehlt ihren Vereinen und Verbänden dringend, sofort mit der Gründung von Damen-Abteilungen in den Vereinen zu beginnen. In einer Werbeschrift werden Richtlinien entwickelt, die bei der Einführung des Frauensportes beachtet werden sollen. Als Uebungen kommt Lauf, Sprung und Wurf in Frage, die durch andere leichtathletischen Uebungen ergänzt werden sollen.

Als Laufübungen werden empfohlen: Langsamer Dauerlauf von 1 Minute an, langsam steigend, Schnellauf 50 und 100 Meter, Startübungen, Wettlauf 50 und 100 Meter, Mittelstrecken (400, 800 Meter) versuchsweise, Staffelläufe jeder Art, leichte Hindernisläufe. (Wettkämpfe sollen nur dann veranstaltet werden, wenn die Uebungen genügend vorbereitet sind, da sonst Schädigungen eintreten können.) Für Sprungübungen sind Hoch- und Weitsprung (ohne Brett), mit und ohne Anlauf, vorgesehen. Die Wurfübungen sehen Schlagballweitwurf (als Grundübung für die Technik des Werfens), Schleuderball (als Grundübung für die Technik des Schwungwurfes), Kugelstoßen 5 und 10 Pfund (als Grundübung für die Technik des Stoßens), Speerwerfen und 5 Pfund-Kugelwerfen (schocken) vor.

Ergänzungsübungen sind Geräturnen, Schlagball, Hockey, Barlauf, Faustball, Handball, Tennis, Tamburin, Schlittschuh- und Schneeschuhlaufen.

In einer großen Anzahl von Vereinen sind bereits Damen-Abteilungen gegründet worden. Die Turnvereine besitzen solche schon seit längerer Zeit und haben damit die besten Erfahrungen gemacht. Es ist zu wünschen, daß der Frauensport festen Fuß in unserem Volke fassen möge und die Bedeutung erhält, die er z. B. in den nordischen Ländern als wertvolles Volksgut bereits besitzt.

*

— **Die H. Z.-Pokalspiele** werden nächsten Sonntag in den Zwischenrunden fortgesetzt. Durchs Los sind folgende Gegner bestimmt worden: Borussia—Sportverein 98 (Sportplatz am Zoo), Schiedsrichter Kampfrad-Merseburg, und V. f. B. Merseburg—Favorit (Sportvereinsplatz), Schiedsrichter Hädicke.

— **Sportfest der Landesjäger.** Die Landesjäger, soweit sie noch in Halle anwesend sind, veranstalten am kommenden Sonnabend in der Moritzburg ein Sportfest, zu dem eine beschränkte Zahl von Einladungen versandt werden wird. Für die Beschaffung von Preisen usw. wird die Bürgerschaft Halles um freundliche Unterstützung gebeten. Freiwillige Spenden, die schnellstens erbeten seien, werden in der Kompagnie-Schreibstube in der Moritzburg und in der Geschäftsstelle der „Halleschen Zeitung" gern entgegengenommen.

— **Halle 96** spielt am kommenden Sonntag in Leipzig gegen Fortuna. Das ist das erste Spiel, welches Halle 96 in diesem Jahre gegen eine fremde Mannschaft austrägt. Voraussichtlich werden die 96er mit einer starken Mannschaft in Leipzig antreten können.

— **Der Verbandstag des Verbandes Mitteldeutscher Ballspielvereine** findet am 10. und 11. Mai in Leipzig statt. Der satzungsgemäße Februarverbandstag mußte infolge der politischen Wirren verschoben werden.

— **Ring-Dresden** ist Gaumeister von Ostsachsen (Dresden) geworden und nimmt als solcher an den Meisterschaftsspielen des Verbandes teil. Bisher stehen noch folgende Gaumeister fest: Nordwestsachsen (Leipzig): Spielvereinigung; Saalegau: Halle 96; Gau Anhalt: Viktoria-Zerbst.

— **Der Deutsche Fußballbund** hält Ostern eine Bundesausschußsitzung in Eisenach ab. Mitteldeutschland wird durch Hädicke-Halle und Helbig-Weimar vertreten werden.

— **Edgar Blüher**, einer der besten und erfolgreichsten Fußballspieler, die Deutschland je besessen hat, ist im 38. Lebensjahre in Arnstadt i. Thür. gestorben. Als Mittelstürmer war er eine Klasse für sich und erntete selbst in dem sportverwöhnten England volle Anerkennung für sein glänzendes Können. Lange Jahre spielte er für V. f. B. Leipzig und führte dessen Mannschaft mehrfach zur Deutschen Meisterschaft. Kurze Zeit spielte er auch für den Dresdener Sportklub und den Leipziger Ballspielklub. In Halle war der lange Blüher eine bekannte Persönlichkeit, und die älteren Fußballer werden sein Spiel noch in guter Erinnerung haben. Die Spiele V. f. B. gegen Halle 96 lockten damals in Massen die Zuschauer an.

Eingesandt

(Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß in dieser Rubrik alle Leser zu Worte kommen, gleichgültig, ob ihre Ansichten mit denen der Redaktion übereinstimmen oder nicht. Die Redaktion übernimmt also für diese Rubrik keinerlei Verantwortung dem Publikum gegenüber.)

Zur Wohnungsteilung

Zu der jetzt erfolgenden Aufforderung des Magistrats an die Inhaber größerer Wohnungen, gegebenenfalls eine Familie aufzunehmen bei gemeinsamer Benutzung von Küche, Wasserleitung, Klosett usw., möchte ich doch einmal darauf hinweisen, ob es nicht richtig wäre, die jetzt in Aussicht genommenen Eheschließungen etwas hinauszuschieben und die von den Betreffenden ermieteten Wohnungen den obdachlosen Familien zu überlassen. Mir sind z. B. einige junge Mädchen bekannt, die sich im April zu verheiraten gedenken. Sie wohnen bei den Eltern und sind in guter, auskömmlicher Stellung, die sie nunmehr auf eigenen Wunsch verlassen wollen. Jedenfalls dürfte doch die Aufschiebung der Verheiratung in solchen Fällen viel weniger einschneidend sein als der geplante ungeheure Eingriff in das Familienleben, der sich für beide Teile, für die Wohnungsinhaber sowohl wie für die Zuziehenden, auf das allerunerquicklichste gestalten dürfte. Wollen sich die Betreffenden aber doch verheiraten, dann dürfte es doch naheliegen, daß diese bei den Eltern Wohnung nehmen.

W.

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet.

Gesellschafts-Abschlüsse

Hallesche Viehmarktsbank, A.-G., in Halle. In der gestrigen Generalversammlung waren 97 Aktionäre mit 627 Stimmen vertreten. Geschäftsbericht und Bilanz wurden der Versammlung vorgelegt und gebilligt. In der darauf folgenden Neuwahl des Aufsichtsrates wurden neu- bzw. wiedergewählt: Fleischermeister Schliak, Fleischermeister Halke, Fleischermeister Strunk, Fleischermeister Kümmel, Fleischermeister Häßler, Fleischermeister Jährling, Fleischermeister Dönitz, sämtlich in Halle.

Kalibergwerksgesellschaft Einigkeit. Bei der Tochtergesellschaft Prinz Adalbert beträgt für 1918 der Reingewinn 2 182 261 (815 245) Mk., bei Einigkeit 1 144 000 (760 000) Mk. Ausgeschüttet werden als Ausbeute 1 400 000 Mark auf 2000 Kuxe von Einigkeit I und II. Unter Anrechnung der ausgetauschten und übertragenen Mengen kamen durch Einigkeit I und Prinz Adalbert insgesamt 216 117 (i. V. 207 011) Doppelzentner zur Ablieferung.

Armaturen- und Maschinenfabrik, A.-G., vorm. J. A. Hilpert in Nürnberg. Die Gesellschaft erzielte im Jahre 1918 einen Reingewinn von 910 629 Mk. Hieraus sollen 8 Prozent Dividende (i. V. 12 Prozent, davor 10, 8 und 8 Prozent) verteilt, 50 000 Mk. (wie im Vorjahre) der Delkredere-Rücklage, sowie wieder 100 000 Mk. dem Unterstützungsfonds für Angestellte und Arbeiter überwiesen und 171 426 (173 034) Mk. vorgetragen werden. Der Bericht führt aus, daß die Werke vorläufig noch ausreichend beschäftigt seien, doch ließe sich ein Urteil über die weitere Entwicklung des laufenden Geschäftsjahres bei den heutigen ungeklärten Verhältnissen nicht abgeben.

Dividendenvorschläge. Die Greppiner Werke schlagen eine Dividende von 16 Proz. sowie einen Bonus von 4 Proz. vor. — Die Deutsche Wollenwaren-Manufaktur A.-G. in Grünberg i. Schl. schlägt eine Dividende von 15 Proz. vor. — Die Vereinigten Märkischen Tuchfabriken A.-G. in Berlin setzten die sofort zahlbare Dividende auf 15 Proz. fest. — Die Erfurter elektrische Straßenbahn schlägt eine Dividende von 8 (10) Proz. vor. — Die „Ilse" Bergbau-A.-G. schlägt eine Dividende von 22 (26) Proz. für Stammaktien und von 6 Proz. für Vorzugsaktien vor. — Franz Braun, Maschinenfabrik und Eisengießerei in Zerbst, schlägt eine Dividende von 7 (10) Proz. vor.

Berliner Börsenberichte

Produktenbericht. Die Nachfrage nach Rauhfutter wird immer dringender, da die Belieferung der Tierhalter durch die Kommunen ganz unzureichend ist. Namentlich auf Heu richtet sich Begehr. Aber auch Stroh ist dringendst gesucht. Als Ersatz wird Erbsen-, Raps- und Senfstroh gefragt, das aber auch nicht in der gewünschten Menge zur Verfügung steht. Im Verkehr mit Sämereien ist die Nachfrage noch nicht geringer, aber auch das Angebot nicht größer geworden. Besonders trifft dies für Kleesämereien sowie Hülsenfrüchte zur Saat zu. Serradella dagegen bleibt schwach. Im Rübengeschäft nichts Neues.

Börsenstimmungsbild. Die in verschiedenen Teilen des Reiches bestehenden Streikabsichten ließen die Börse in unsicherer Haltung bei vorwiegend nachgebenden Kursen eröffnen. Namentlich Schiffahrtsaktien stellten sich niedriger. Dagegen waren Hütten- und Bergwerksaktien nach der gestern zum Schluß eingetretenen Abschwächung im allgemeinen gut gehalten und teilweise auf Deckungen etwas gebessert. Farbwerte und Elektrizitätsaktien stellten sich niedriger. Ausgesprochen fest waren wiederum Kolonialwerte und Aktien von ausländischen Unternehmungen. Lombarden waren jedoch wesentlich niedriger, im Hinblick auf die Streitfrage wegen der Kuponeinlösung bei den Obligationen. Im späteren Verlaufe trat eine allgemeine Befestigung ein auf Zeitungsnachrichten von dem Widerstande, den die französischen Forderungen auf der Friedenskonferenz begegnen, und auf die angebliche Besserung der Streiklage im Ruhrrevier. Hiervon profitierten besonders Schiffahrtsaktien. Aber auch Montanwerte erzielten bemerkenswerte Besserungen. Deutsche Anleihen zeigten im allgemeinen gute Haltung. Oesterreichische und ungarische schwächten sich weiter nicht unerheblich ab.

Im freien Verkehr wurden nichtamtlich ermittelt:

Eisenbahn-Aktien:		Felten u. Guilleaume	157 7/8
Halberstadt-Blankenb.	85,50	Gasmotoren Deutz	115,—
Halle-Hettstedter	77,50	Gebhardt u. Co.	278,—
Schantungbahn	137,50	Gelsenkirch. Bergb.	169,25
Allg. Lokal-Str.	140,25	Glanziger Zuckerfbr.	230,50
Gr. Berl. Str.	133,50	Hallesche Masch.-Fabr.	—,—
Magdeburger Str.-B.	—,—	Hann. Masch.	311,50
Lux. Prinz Heinrich-B.	190,—	Harpener Berg	145,50
Orientbahn	234,50	Hasper Eisen	188,—
Schiffahrts-Akt.:		Hirsch Kupfer	167,—
Hambg. Paketfahrt	91,—	Höchster Farbw.	256,[illegible]
Hambg.-Südamerika	106,—	Hoesch Eisen u. Stahl	204,25
Hansa-Dampfschiff	223,—	Hohenlohe-Werke	106,75
Nordd. Lloyd	91,25	Humboldt-Masch.	129,—
Banken:		Ilse-Bergbau	318,—
Bank für Thür.	—,—	Kahla-Porzellan	[illegible]
Berl. Handelsges.	160,—	Kaliw. Aschersleben	170,—
Comm. u. Diskontobank	126,50	Körbisd. Zucker-Akt.	—,—
Darmstädter Bank	121,—	Kyffhäuserhütte	—,—
Dess. Landesbank	—,—	Lahmeyer u. Co.	110 7/8
Deutsche Bank	212,—	Lauchhammer	156,75
Diskonto-Comm.	177,—	Laurahütte	146,—
Dresdner Bank	150,—	Linke u. Hofmann	—,—
Credit-Anst. Leipzig	152,25	Ludwig Loewe u. Co.	247,—
Mitteld. Kreditbank	126,50	Lothringer Hütte	148,—
" Privat-Bank	122,50	Mannesmannröhren	173,75
Nationalbank	122,50	Oberschl. Eisenb.-Bed.	128,50
Oesterr. Kredit	—,—	do. Caro Heg.	133,75
Reichsbank	185,—	do. Kokswerke	159,—
Industrie-Aktien:		Orenstein u. Koppel	172,50
Schultheiss-Brauerei	250,—	Phönix-Bergb.	184 1/8
Akt. f. Anilin	212,—	Rhein. Metall-Vorz.	183,75
Allgem. Elektr.-Ges.	160,75	Rhein Stahlwaren	128,25
Ammendorfer Papierf.	—,—	Riebeck. Montan	165,—
Anhalter Kohlenw.	154,—	Rombacher Hütten	157,—
Annaberger Steingut	175,—	Rositzer Braunk.	—,—
Badische Anilin	264,—	Rositzer Zucker	133,50
Bergmann-Elekt.-Akt.	149,75	Sangerhäuser Masch.	243,—
Berl. Masch.-Bau	210,—	Hugo Schneider u. Co.	224,—
Bismarckhütte	183,50	Schuckert u. Co.	122 1/8
Bochumer Gußstahl	182,—	Siemens u. Halske	144,—
Chem. Fabrik Buckau	116,—	Stettiner Vulkan	158,—
Chem. Griesheim	197,50	Stollberger Zinkh.	119,—
Chem. v. Heyden	215,—	Strals. Spielkarten	213,—
Consolidation Schalke	198,—	Thale-Eisenhütte	257,—
Cröllwitzer Papierfabr.	265,—	Triptis-Akt.-Ges.	177,—
Daimler-Motoren	220,50	Türkische Tabakregie	391,—
Deutsch-Luxemburg	118,50	Ver. Köln-Rottweiler	198 7/8
Deutsche Uebersee-El.	180,—	Glanzstoff Elberf.	434,—
Deutsche Erdöl	255,—	Wegelin u. Hübner	149,75
Deutsche Gasglühl.	332,—	Wersch.-Weissenf. Brk.	168,—
Deutsche Kali	172,50	Westeregeln-Alkali	220,75
Deutsche Waff. u. Mun.	196,—	Wittener Gußstahl	186,—
Donnersmarkhütte	201,—	Wrede-Mälzerei	115,—
Döring u. Lehrmann	99,—	Zeich.-Kriebitsch. Brk.	—,—
Dürkoppwerke	285,—	Zeitzer Masch.	—,—
Elberfelder Farben	259,50	Zellstoff Walthof	200,—
		Otavi-Minen	130,50

Hauptschriftleiter Helmut Böttcher.
Verantwortlich für den politischen Teil: Helmut Böttcher, Volkswirtschaft: Hans Heiling; für die Abteilung Kunst, Wissenschaft, Unterhaltung sowie für den lokalen Teil Adolf Meyer, für provinzielle Nachrichten, Gerichtssaal und Sport und den übrigen redaktionellen: Hans Heiling, für den Anzeigenteil Paul Kerkten, sämtlich in Halle a. S.
Verlag und Druck der Halleschen Zeitung Otto Thiele Halle a. S.
Verlagsdirektor Robert Boesich.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191904021-11/fragment/page=0004